

Der folgende Text wird über DuEPublico, den Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt.

Diese auf DuEPublico veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

Birke, Peter:

**Nick Kratzer, Wolfgang Menz, Knut Tullius, Harald Wolf,
Legitimationsprobleme in der Erwerbsarbeit, Nomos
(Edition Sigma): Baden-Baden 2015. 438 Seiten, 34,90 €**

In: Sozial.Geschichte Online / Heft 20 / 2017

Link:

<http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DocumentServlet?id=43560>

Nick Kratzer, Wolfgang Menz, Knut Tullius, Harald Wolf, Legitimationsprobleme in der Erwerbsarbeit, Nomos (Edition Sigma): Baden-Baden 2015. 438 S., 34,90 €

Das vorliegende Buch, das ein mehrjähriges qualitativ-empirisches Forschungsprojekt zusammenfasst, schließt an eine Beobachtung der Meinungsforschung an, die in den vergangenen Jahren eine Erosion der Zustimmung zum Kapitalismus bei Lohnarbeiter/innen konstatiert hat. Auf der Grundlage dieser Beobachtung präsentieren die vier Autoren Ergebnisse von mehreren hundert intensiven Einzel- und Gruppeninterviews mit Beschäftigten aus diversen Branchen und Betrieben. Roter Faden ist die Frage nach brüchig gewordenen Legitimationsstrategien betrieblicher Herrschaft, theoretischer Bezug sind Theorien über Legitimität und Legitimierungen, wobei zunächst ein Unterschied zwischen Marx'schen und Weber'schen Zugängen zur Frage nach Legitimitätsordnungen ausgemacht wird. Vor allem der Weber'schen Frage nach dem „Geist“ des Kapitalismus, an die seit den 1990er Jahren insbesondere die französische „Soziologie der Kritik“ (Dubet, Boltanski, Chiapello, Thévenot) angeschlossen hat, wird eine besondere, aktuelle Virulenz attestiert (S. 16).

Aus der „Soziologie der Kritik“ übernehmen die Autoren die Betonung der Bedeutung von „Rechtfertigung und Kritik im Alltagshandeln“ und im Anschluss ihre Typologisierung dieser Sphäre unter Hinweis auf „Gerechtigkeitsprinzipien“. Ein These, der nachgegangen wird, ist, dass der Kapitalismus sich nicht aus sich selbst heraus rechtfertigen könne. Angesichts seiner ökonomischen Grundprinzipien, die offensichtlich keine Gerechtigkeit schaffen, würde er vielmehr immer wieder externe Bezugnahmen brauchen, um seine Legitimationsgrundlage zu erhalten. Diese Annahme wurde auch von Boltanski und Chiapello, ebenfalls in Bezugnahme auf Weber be-

ziehungsweise Polanyi, empirisch bearbeitet. Ein bekanntes Beispiel ist die Feststellung, dass sich die „Künstlerkritik“ der 1968er Jahre (also die Kritik an entfremdeten Formen der Arbeit) in der Managementliteratur der späten 1980er Jahre quasi spiegelverkehrt – als Forderung nach einer Identifikation mit und Entgrenzung der Lohnarbeit – wiederfindet. Wichtig ist an dieser Stelle zu bemerken, dass Kratzer, Menz, Tullius und Wolf den Schritt, aus diesem Zusammenhang die Entstehung einer neuen, dominanten Legitimationsordnung („projektformige Polis“) zu extrahieren, nicht mitmachen, sondern sich durchgehend eher auf die Fragerichtung als auf die in der französischen Soziologie gegebenen Antworten beziehen.

Eher als an die Antworten, die Boltanski und Chiapello in „Der neue Geist des Kapitalismus“ geben, schließen die Autoren an deren Ausgangspunkt an: Wie kann eine kapitalistische Wirtschaftsordnung als legitim anerkannt werden, die ihre Legitimationsgrundlage nicht inhärent produzieren kann, sondern quasi permanent ihre Kritiker/innen enteignen muss, um sich zu rechtfertigen? Und wie kann, darüber hinaus, die widersprüchliche Zusammensetzung der angeeigneten Kritikformen als „ständige und unabschließbare Bewegung“ gedacht werden (S. 14), in der „Legitimationsglaube und Akzeptanz [mitunter] in Ungerechtigkeitsempfinden“ umschlagen (S. 13)? Während das Verhältnis zwischen der Bewegung der Legitimationsordnungen und jenem „Umschlag“ im kurzen, theoretischen Teil des Buches weitgehend im Dunkeln bleibt, machen die Autoren einen wichtigen Punkt, indem sie betonen, dass es ihnen um die Ermittlung von Beschäftigtenansprüchen geht, die sich auf „normative Grundmuster“ beziehen lassen – Muster also, deren überindividuelle Gültigkeit reklamiert wird. Auch dies legt ein qualitatives Erhebungs- und Auswertungsverfahren nahe, das nicht alleine, wie in der quantifizierenden Meinungsforschung, die Erosion der positiven Haltung gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft spiegelt, sondern auch deren systematische Bedeutung zu ermitteln versucht.

Grundlage der im Text präsentierten Auswertung ist eine umfangreiche Untersuchung, in der zwischen Mitte 2012 und Anfang 2014 insgesamt 207 Interviews mit Beschäftigten geführt worden sind, wovon etwas mehr als die Hälfte in industriellen Branchen (Maschinenbau, Automobil und Zulieferer, chemische Industrie), vierzig Prozent im Dienstleistungssektor (einschließlich des öffentlichen Dienstes und der sozialen Dienstleistungen) und schließlich zehn Prozent im Bauhandwerk stattgefunden haben (S. 28 f.). Hinzu kommen insgesamt 19 Gruppendiskussionen. Alles in allem sprechen die Autoren von insgesamt 24 „Konstellationen“, deren Auswahl zuvor in einem für die qualitative Arbeitssoziologie typischen explorativen Verfahren einerseits anhand von Recherchen zur Krisenbetroffenheit, andererseits durch explorativ angelegte Interviews mit Managern und betrieblicher Interessenvertretung bestimmt wurden. Zudem wurden 71 betriebliche und überbetriebliche Interviews mit „Experten“ geführt.

Entsprechend der branchenmäßigen Schwerpunktsetzung waren lediglich (oder sollte man in der Industriesoziologie sagen: immerhin?) ein Drittel der Befragten weiblichen Geschlechts. Das Gendering der Bewusstseinsformen wird in der späteren Analyse berücksichtigt, wie ebenso die Bedeutung von Ost- und West-Sozialisierungen, leider jedoch nicht die Bedeutung von Migrationsverhältnissen. Quantitativ randständig, aber für die Befunde des Textes höchst bedeutsam, sind schließlich prekäre Beschäftigungsformen im engeren Sinne – hier ist vor allem eine der 24 Konstellationen zu nennen, die im Kern die Leiharbeit in der Automobilindustrie umfasst.

Der Aufbau des Buches entspricht dem Gang der Forschung: Im ersten Schritt werden „Gerechtigkeits- und Rationalitätsansprüche“ der Befragten zunächst unabhängig von dem konkreten betrieblichen Kontext der „Konstellationen“ vorgestellt und in einer Typologie zusammengefasst (Teil 3 des Buches). Im zweiten Schritt werden diese Ansprüche dann auf den Rahmen von „Arbeits- und Beschäftigungsordnungen“ bezogen (Teil 4), wobei dieser Part auch

die Frage nach dem „Nachhall der großen Krise“ (Teil 4.3.1) sowie – auf dreizehn Seiten – nach „Anspruchsverletzungen und Mobilisierung“ (Teil 4.4) behandelt.

Was die in dieser Form ausgearbeiteten Resultate der Erhebung betrifft, so gibt es meines Erachtens *zwei Lesarten*. Erstens kann man das enorme Material, das geschätzt mehreren hundert Stunden Tonaufzeichnungen entspricht, vor allem die zahlreichen und interessanten Interview-Zitate, wie einen Steinbruch begreifen. Eine derart enorme Menge an Material kann gar nicht in einem Schritt umfassend ausgewertet werden, man muss sich also damit begnügen, die wichtigsten und (in Bezug auf die Fragestellung) „kostbarsten“ Steine herauszuholen. Dieses Problem hätten dann Forschende und Leser/innen gemeinsam: die Forschenden, weil vieles von dem, was sie ermittelt haben, ungesagt bleibt – die Lesenden, weil das Buch alleine derartig viel und derartig schillerndes Material enthält, dass ein eigener Kompass nötig ist, um es zu rezipieren. Die Form des Buches kommt dieser Lesart entgegen. Sie passt sich auf den ersten Blick den bundesdeutschen Klassenverhältnissen an, indem sie eine große Ansammlung von Fragmenten, Restbeständen, kuriosen Einzelheiten, rebellischen Ausbrüchen und weniger witzigen bis erschreckenden Affirmationen zusammenstellt. Bevor ich Eindrücke aus meiner eigenen Besichtigung dieses Steinbruchs kurz vorstelle, möchte ich aber auch auf die Gefahr der Isolierung, Fetischisierung und Vergegenständlichung einzelner Passagen des Buches hinweisen, und nicht zuletzt deshalb auch eine zweite Lesart vorschlagen, die die Versuche der Autoren, sich im Feld vermittels einer detailliert und akribisch ausgearbeiteten Typologie zurechtzufinden, kritisch würdigt. Hier wird aus dem Steinbruch eine Großbaustelle, die es ermöglicht, mit dem vorhandenen Material so zu arbeiten, dass es sich auf die oben skizzierten Vor- und Nachkrisendebatten beziehen lässt.

Zunächst also zum Steinbruch. Im Rahmen einer Rezension ist es nicht möglich, die Tour durch dieses Gelände auch nur annähernd wiederzugeben; was aber auf jeden Fall besucht werden soll-

te, sind die Orte, an denen bekannte betriebliche Konflikte besprochen werden: der Kampf gegen prekäre Beschäftigung, gegen Firmenschließungen und für den Erhalt öffentlicher Güter. Wenn wir diese Liste in umgekehrter Reihenfolge abarbeiten und mit dem letzten Punkt anfangen, dann zeigt sich, dass eine „Gemeinwohlorientierung“ bei den Befragten nur dort eine herausragende Rolle zu spielen scheint, wo sie nicht nur allgemein wichtig ist, sondern auch den konkreten Gegenstand der Arbeit bildet. Die Autoren stellen fest, dass Männer in ihren Äußerungen überwiegend zur De-Thematisierung der Produktion der „Commons“ wie der ihnen zugrunde liegenden geschlechtlichen Arbeitsteilung neigen (S. 153), während als weiblich ausgewiesene Befragte geschlechtsspezifische Würdeverletzungen thematisierten, zugleich aber auch Ansprüche an den gesellschaftlichen Sinn der Tätigkeit eher benennen würden als andere. „Gemeinwohlorientierung“ sei ein Thema für Arbeiter/innen, die die Qualitäten des Produkts der Arbeit entweder direkt kommunizieren müssen (Einzelhandel) oder deren produziertes „Gut“ direkt zum Wohlergehen oder zur Schlechterstellung von Menschen beiträgt (Tätigkeiten wie zum Beispiel im Gesundheitswesen, der Betreuung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen, der sozialen Arbeit).

Schon in den Jahren unmittelbar nach der Wirtschafts- und Finanzkrise hatten einige bundesdeutsche Arbeitssoziologinnen und -soziologen (wie zum Beispiel Richard Detje, Sarah Nies, Wolfgang Menz und andere) die Figur der politisierten und gegen die Austeritätspolitik kämpfenden Erzieherin gemalt. Sie taucht in einem Sample, das rund ein Jahr vor dem Streik im Sozial- und Erziehungsdienst von 2015 entstand, wenig überraschend ebenfalls auf. Eine befragte Erzieherin sagt, hier noch bezogen auf den Streik um den Tarifvertrag der Sozial- und Erziehungsdienste von 2009: „Ich glaube, dass [wir Erzieherinnen] mal drauf aufmerksam machen wollten, dass wir keine Basteltanten sind, sondern eine gute pädagogische Arbeit leisten“ (S. 224). Deutlich wird, dass im Kita-Fall gesellschaftliche Diskurse nicht verdeckt sind, sondern direkt mit

der Frage nach der Anerkennung der eigenen Arbeit verbunden werden. Entsprechend wird die Forderung nach besseren Entgelten mit jener nach einer veränderten Arbeitsteilung verbunden, eine Forderung, die aber – wie die Autoren betonen – ambivalent bleibt, weil die Anerkennung der Erziehungsleistung im Rahmen der Ausbildung späterer Arbeitskräfte (siehe etwa die Pisa-Debatte) die Position der Erzieherinnen gleichzeitig stärkt und schwächt. „Anerkennung“ der „Qualifizierung“ der Erzieher/innen (und anderer Beschäftigter) betont zwar die Bedeutung des öffentlichen Guts „Erziehung“. Gleichzeitig spaltet sie potenziell die sichtbare Tätigkeit der Kita-Beschäftigten – hier die in das ambivalente Feld der Verwertungslogik (schon im Kleinkindalter!) eingetauchten Forderungen nach frühkindlicher Bildung – von den unsichtbaren Tätigkeiten (Windeln wechseln, Trösten, Streit schlichten) ab.

Hervorzuheben bleibt darüber hinaus, dass die im Buch vorgestellten Konflikte gesamtgesellschaftlich relativ isoliert erscheinen, was eventuell der Zusammensetzung des Samples geschuldet ist (also dem erwähnten Geschlechterbias), aber vielleicht auch einer gewissen, unvermeidlichen Trägheit (empirischer) Forschungsprozesse. Die von Gabriele Winker und anderen evozierte „Care-Bewegung“ sehen die Autoren jedenfalls nicht am Horizont aufsteigen. Auch ohne dass ich selbst diesen Geist herauf beschwören will, fällt doch auf, dass „die Sondersituation der Erzieher/innen“ durch die zum Zeitpunkt, in dem das Buch verfasst wurde, noch nicht prognostizierbare Ausweitung der Konflikte in sozialen Dienstleistungen (Kämpfe um Haustarifverträge, Personalbemessung in Krankenhäusern etc., die Bedeutung sozialer Dienstleistungen in der Streikwelle von 2015) wohl etwas relativiert werden könnte.

Ein stark politisch überformtes und auch in der Auswertung der Autoren durch frühere Forschungen und gesellschaftliche Debatten eventuell etwas überdeterminiertes Feld ist der zweite Fall überwiegend weiblicher Beschäftigung. Dabei handelt es sich um den Konflikt um eine Firmenschließung im Einzelhandel. Die von den Befragten geäußerte heftige Kritik an dieser Schließung illustriert

zugleich, dass „Schließungskrisen“ in der Tendenz den Effekt haben, einen existenziell bedrohlichen Ausnahmezustand zu produzieren. Eine betroffene Verkäuferin sagt: „Für mich ist momentan die Situation, dass ich seit über einer Woche jetzt nicht aus dem Bett rauskam. Ja, ich könnte weinen, ich könnte lachen, ich befinde mich momentan in einem Wahnsinnstunnel“ (S. 328). Es wäre interessant, über die Frage nachzudenken, wie der zur Zeit der Erhebung in der Presseöffentlichkeit sehr sichtbare Konflikt wohl weiter verlaufen ist. Was bedeutet es für Krisentheorien, dass dieser „Wahnsinnstunnel“, der durch die Verletzung der Menschenwürde angesichts einer kaum transparenten Firmenschließung ausgelöst wird, sowohl als Ausnahme dasteht als auch als strukturelle Normalität (etwa im Kontext der nun bereits viele Jahre anhaltenden massiven Restrukturierung des Sektors) gefasst werden muss.

Dass, wie die Autoren feststellen, diese Spannung zwischen akuter und struktureller Krise in der kollektiven Aktion überwunden wird, ist wichtig, aber nur eine halbe Antwort (S. 334 ff.). Für die Perspektive der Frage nach einer Legitimationskrise haben derartige Feststellungen nämlich nur eine geringe Bedeutung, da bei aller Debatten über die Erneuerung der Gewerkschaftsbewegung in diesem Kontext die „grundsätzliche Lokalität“ von Krisendeutung und Adressaten des Protests betont wird (S. 374). Die Autoren tendieren am Ende insofern zu einer gewissen Vereinseitigung, indem sie vor allem auf die zweite Seite der Medaille verweisen. Der „isolierte Ausnahmezustand“ ist aber auch aus forschender Sicht wohl vor allem deshalb interessant, weil er „überall“ und „strukturell“ existiert, sich also die extrem wichtige Frage nach längerfristigen Strategien der kollektiven Gegenwehr stellt. Offen bleibt, ob diese Frage an dieser Stelle politisch nicht zu beantworten ist. Denn hat sie denn nicht auch mit dem Charakter empirisch-qualitativer Soziologie zu tun, die oft auf „Momentaufnahmen“ (in der Sprache der Soziolog/innen „Erhebungswellen“) rekurriert und deshalb den strukturell-langfristigen Charakter von Prozessen kollektiver Gegenwehr – vorsichtig gesagt – unterbelichtet? Wie dem auch sei, jedenfalls stel-

len die Autoren fest, dass Schließungskrisen zwar ähnliche Kritikmuster hervorbringen, aber – wenn überhaupt – sehr unterschiedliche Aktionsformen. Sie seien zudem in der bundesdeutschen Landschaft „Einzelfälle“. Vielleicht wäre hier ein Blick über die Grenzen der nationalstaatlichen Bezugnahme auf Krisenproteste notwendig, um diese Perspektive zu hinterfragen oder gegebenenfalls zu stützen.

Ein Vorkrisenphänomen (beziehungsweise die von den Autoren sehr plausibel gezeichnete „Permanenz“ der Krisenerfahrung) ist schließlich die prekäre Beschäftigung. Dieses Feld untersuchen die Autoren vor allem in Bezug auf ihren „Leiharbeitsfall“. Auch in diesem Abschnitt thematisieren die Autoren Angriffe auf die menschliche Würde, die Folge der permanenten Schaffung neuer „Klassen“ von Beschäftigten und neuer Beschäftigungs-Ordnungen sind. Konstatiert wird hier zunächst, wie massiv der Angriff von Seiten der Betroffenen erlebt wird und wie stark dabei auch die Misshandlung durch die eigenen Arbeitskollegen im Vordergrund steht. Auf eine sowohl generations- als auch geschlechtsspezifische Konnotation von Würdeverletzung verweist etwa das Zitat eines Elektrikers: „Die jungen Bengels, die hier ausgelernt haben, die ich ja hier kennenlernen durfte, für einige sind wir Abschaum“ (S. 274).

Analytisch ist aber wichtig, dass die Autoren in der Zusammenfassung der Prekarisierungserfahrungen auf Erkenntnisse verweisen, die in weiteren aktuellen Forschungen zu Leiharbeit und Werkvertragsarbeit (etwa bei Hajo Holst und Klaus Dörre) durchaus bestätigt werden. Es gibt zwei Welten der Bezugnahme zwischen prekär Beschäftigten und Leiharbeiter/innen, die die konstatierte Bedeutung der räumlich-betrieblichen „Nähe“ für Solidarisierungseffekte und kollektive Handlungsperspektiven auf den Kopf stellt.

Die Autoren diagnostizieren folgerichtig eine „sehr begrenzte“ betriebliche Solidarisierung gegen die Entlassung von prekär Beschäftigten, eine Erfahrung, die in den kriseninduzierten Entlassungswelten nach 2009 zumindest in Deutschland bestätigt wird, siehe etwa die geradezu tragisch anmutende Isolierung der Protestaktionen von

Leiharbeitern vor den Werkstoren von VW in Hannover auf dem Höhepunkt dieser Welle. Die im Buch interviewten Leiharbeiter/innen berichten dabei nicht nur von einer Akzeptanz der Kernbelegschaften gegenüber den Beschäftigungsstrategien der Arbeitgeber, sondern auch von deren frappierenden Unwissenheit über die Beschäftigungsbedingungen der „Prekären“, die – was Lohnhöhe, Arbeitsbedingungen und Alltag betrifft – geradezu „unbekannte Wesen“ zu sein scheinen (S. 281).

Gleichzeitig äußern sich die „Normalbeschäftigten“ jedoch überwiegend kritisch gegenüber der Leiharbeit als „gesellschaftlicher Form“: „Leiharbeit ist ein Punkt, wo der Gesetzgeber eigentlich schon längst mal einen Riegel vormachen müsste“ (S. 282). Sehr interessant wäre es aus meiner Sicht, diesen Befund weiter zu diskutieren. Er widerspricht nicht zuletzt linken Mythologien, nach denen eine „Politisierung“ von betrieblichen Konflikten eine Voraussetzung für kollektive Emanzipation sei. Hier haben wir ein aktuell nicht unwichtiges Beispiel für das Gegenteil. Könnte man nicht sagen, dass den Leiharbeitenden die konkrete betriebliche Solidarität der fix Beschäftigten versagt wird, während die Letzteren bei der Frage nach Alternativen zu der von allen als „unglücklich“ wahrgenommenen Situation (abstrakt?) auf „die Politik“ verweisen?

Folgen wir den Einschätzungen von Kratzer und anderen, dann ist, etwas zugespitzt gesagt, *betrieblich-lokal* in der Prekarisierungsfrage nicht viel oder gar nichts zu holen (absolute Fragmentierung). Gleichzeitig kann Prekarisierung aber offenbar *politisch-verallgemeinert* durchaus erfolgreich und mit einer Basis auch im Bewusstsein der festangestellten Beschäftigten angegriffen werden. Diese Einschätzung ist sicherlich nachvollziehbar, siehe die Leiharbeitkampagnen der *IG Metall* und die Regulierung durch die Arbeitsministerin der Großen Koalition. Dass die Beliebtheit Letzterer dennoch, entgegen der Erwartungen der SPD, begrenzt geblieben ist, mag damit zusammenhängen, dass die oben genannte Trennung existiert, woraus sich wiederum eine große Frage ableitet, die wir

Forschenden nicht beantworten können. Wie kann sie überwunden werden?

Sicher ist, dass der Ansatz des Buches, Gerechtigkeits- und Rationalitätsvorstellungen von Beschäftigten lokal zu erheben, aber auch in ihrer zeitlich-räumlichen Kontinuität jenseits der offenen Konflikte zu untersuchen, durchaus sinnvoll erscheint, wenn wir der Beantwortung dieser Frage näher kommen wollen. Einer dieser Kontinuitätsstränge wird in der Zusammenfassung berührt, in der unter dem Stichwort „postpartizipative Produktionsarbeit“ darüber berichtet wird, wie industrielle Arbeiter/innen mittlerweile die Welle der „neuen Produktionskonzepte“ beurteilen, die in den 1990er Jahren hereingebrochen ist. Nur zur Erinnerung sei noch einmal erwähnt, dass diese „Konzepte“, die mit *managerial* induzierten Maßnahmen wie Gruppenarbeit, kontinuierlichen Verbesserungsprozessen und so weiter verbunden waren, in der industriesoziologischen Forschung mal einen ähnlich zentralen Platz eingenommen haben wie heute das ebenso vage wie förderungswürdige Stichwort „Industrie 4.0“.

Das Resümee der Autoren ist, dass die „zurückgenommene“ *manageriale* Anrufung von „Partizipation“ Enttäuschungen produziert habe, die zwar massiv zum Ausdruck gebracht würden, aber letztlich nur zum Rückzug und zu „privatistischen“ Orientierungen geführt hätten (S. 200 ff.). Die interviewten Beschäftigten der überwiegend industriellen Konstellationen werden im Folgenden nicht explizit als Träger einer „postdemokratischen Ordnung“ gekennzeichnet, aber zumindest als Personen, die sich so ziemlich überhaupt nicht für „Politik“ interessieren: „Weiß nicht, interessiert mich nicht, das kann man 'eh nicht beeinflussen“ (S. 200), so wird ein „Montagearbeiter“ zitiert. Die Gruppe scheint – ganz im Gegensatz zu den erwähnten konfliktorientierten Typen – vor allem für den Bezug auf tradierte, fordistische Lebenswelten zu stehen, die „freizeit- und familienweltlich“ merkwürdig eingeschlossen bleiben. Wirklich überzeugend ist das nicht. Gerade angesichts der politischen Tragweite und Brisanz des Themas, wie etwa in der Frage

nach der Arbeiter- und Alltagsbasis rechtspopulistischer Orientierungen, hätte ich mir eine weniger verkürzte und lakonische Bearbeitung des Problems gewünscht. Denn im Grunde wurde eine größere Aufmerksamkeit gegenüber den Problemen der industriellen Arbeit ja bereits vor einigen Jahren durch die Untersuchungen von Detje und anderen nahegelegt – die in ihren Interviews ebenfalls eine organisationspolitische Trägheit, aber zugleich eine große Wut über Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen fanden.

Sieht man – in der zweiten Lesart – das vorliegende Werk nicht als Steinbruch, sondern als Baustelle, dann ist vielleicht als prägnantester Punkt zunächst zu erwähnen, dass die Autoren den Ausgangspunkt der „Soziologie der Kritik“ zwar teilen, einen wesentlichen Befund von Boltanski und Chiapello jedoch immer wieder empirisch gesättigt und explizit zurückweisen. Einen „neuen Geist des Kapitalismus“ habe man nirgendwo angetroffen. Im Gegenteil wird der Anspruch an eine „rationale Organisation der Produktion“ und insbesondere die „Rationalität“ bürokratischer Verwaltung von den Autoren im Ranking der Arbeitsansprüche noch immer hoch veranschlagt: „Stattdessen belegen unsere Befunde eher die ‚Lebendigkeit‘ einer Art ‚professioneller Industriepolis‘ als Rechtfertigungs- wie Kritikperspektive in Arbeitsorganisationen“ (S. 149). Dies gelte mit hin auch für diejenigen Befragten, die „Wissensarbeit unter Kostendruck“ ausführen – ein Sample, das immerhin rund neunzig der geführten Interviews umfasst – und in deren Bewusstsein ein „seltsam stabiles Beharrungsvermögen“ auf „nicht-marktförmige“, quasi „archaische“, professionelle Standards zu beobachten sei (S. 161 ff.).

Dieser sehr interessante Punkt, der die Frage evoziert, wie solche „Tradierungen“ bei der eben besprochenen Gruppe der „Produktionsarbeiter“ wirken und welche Bedeutung sie für Kritikpositionen und gegebenenfalls kollektive Handlungsorientierungen haben könnten, wird allerdings nicht weiter vertieft.

Es mag am Konzept liegen. Gegenstand sind hier (positiv formulierte) Ansprüche, mit einer normativen Verankerung. Diese werden in acht „Anspruchslogiken“ zusammengefasst: Leistungsge-

rechtigkeit, Fürsorge, Selbstverwirklichung, Beteiligung, Würde als „Gerechtigkeitsansprüche“ und technisch-funktionale, bürokratische sowie ökonomische Rationalität als „Rationalitätsansprüche“. Zumindest ich habe mich bei der Lektüre dieses lesenswerten Texts manchmal gefragt, ob und wie eine negative Rezeption von Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen in dieser Typografie untergebracht werden kann. Natürlich werden „Ansprüche an Arbeit“ verletzt, Erwartungen nicht eingelöst, und ich würde den Autoren auch in der Einschätzung zustimmen, dass dieses Nicht-Einlösen eine sehr wichtige Grundlage von Kritik sein kann. Andererseits ist aber ein wesentlicher Aspekt dieser Kritik auch das Leiden an der Arbeit, das Bedürfnis, der Arbeit auf diese oder jene Art zu entfliehen. In dem Maße, in dem die Fragestellung des Projekts sich stark an der Rezeption des unmittelbaren Arbeitsprozesses orientiert, geht *dieses* (wenn man so will, negative) Element verloren, das schwer zu greifen, aber politisch – und da würden die Autoren wohl zustimmen – ungeheuer wichtig ist. Ein weiterer, ebenfalls schwer zu greifender Aspekt, der in der Auswertung kaum auftaucht, ist die Frage, welche Rolle bei der Legitimation / Kritik von betrieblich verfasster Arbeit und Arbeitsbedingungen das Sprechen mit gespaltener Zunge spielt, die ironische Abwehr von Zumutungen, ihre Abwehr durch Prozesse wie Ausweichen und Verdrängen. In den erfreulicherweise sehr viel Raum einnehmenden Zitaten von Beschäftigten bin ich mir als Leser oft unsicher: Meint ein „Wissensarbeiter“, der von seinen vielen Überstunden und seiner anschließenden Zeit im Fitnessstudio schwärmt, das wirklich ernst? Wie viel davon Ironie und wie viel der Interviewsituation geschuldet ist – das wissen die Autoren sicher selbst besser als der Leser. Es ist jedoch mitunter nicht deutlich, wie überhaupt solche Fragen dem Forschungsprozess der qualitativen Arbeitssoziologie oft leider eher fremd sind.

Peter Birke

Dies ist eine Veröffentlichung der **Sozial.Geschichte Online** lizenziert nach [Creative Commons – CC BY-NC-ND 3.0]

Sozial.Geschichte Online ist **kostenfrei und offen** im Internet zugänglich. Wir widmen uns Themen wie dem Nationalsozialismus, dessen Fortwirken und Aufarbeitung, Arbeit und Arbeitskämpfen im globalen Maßstab sowie Protesten und sozialen Bewegungen im 20. und 21. Jahrhundert. Wichtig ist uns die Verbindung wissenschaftlicher Untersuchungen mit aktuellen politischen Kämpfen und sozialen Bewegungen.

Während die Redaktionsarbeit, Lektorate und die Beiträge der AutorInnen unbezahlt sind, müssen wir für einige technische und administrative Aufgaben pro Jahr einen vierstelligen Betrag aufbringen.

Wir rufen deshalb alle LeserInnen auf, uns durch eine **Spende** oder eine **(Förder-)Mitgliedschaft** im *Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.* zu unterstützen, der diese Zeitschrift herausgibt und gemeinnützig ist.

Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerabzugsfähig, deswegen bitten wir, uns eine E-Mail- und eine Post-Adresse zu schicken, damit wir eine Spendenquittung schicken können.

Die Vereinsmitgliedschaft kostet für NormalverdienerInnen 80 Euro und für GeringverdienerInnen 10 Euro jährlich; Fördermitglieder dürfen ihren Beitrag selbst festlegen.

Mitgliedsanträge und andere Anliegen bitte an

SGO-Verein [at] janus-projekte.de oder den

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
Cuvrystraße 20a
(Briefkasten 30)
D-10997 Berlin

Überweisungen von Spenden und Mitgliedsbeiträgen bitte an

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
IBAN: DE09 1002 0500 0001 4225 00
BIC: BFSWDE33BER
Bank für Sozialwirtschaft